

vor, europäischen Importen Hindernisse in den Weg zu legen, während umgekehrt die Gemeinschaft allen chinesischen Waren freien Zugang gewähre. Hier gelte es, sobald wie möglich wieder Chancengleichheit herzustellen.

Auch Andriessen betonte, daß die Menschenrechtsfrage ein weiteres "Hindernis für den Ausbau der Beziehungen" sei.

Qian versprach auch in Brüssel, wie vorher schon in London und Bonn, eine weitere Liberalisierung der chinesischen Wirtschaft, ließ jedoch nichts über eine Hinwendung Chinas zur Demokratie verlauten. Jede Nation müsse ihren eigenen Weg finden, betonte er.

Die Xinhua-Berichterstattung (14. und 15.3.92) gab zwar den Verlauf des Qians-Besuchs in Brüssel und den Hauptinhalt seiner Gespräche mit führenden EG-Repräsentanten bis in Einzelheiten wieder, unterließ aber auch diesmal die Wiedergabe aller "Menschenrechts"-Anmahnungen! -we-

\*(6)

#### Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag

Am 9.März 1992 überreichte der chinesische Außenminister Qian Qichen während seines Besuchs in London dem britischen Premierminister John Major die Beitrittsurkunde zum Atomwaffensperrvertrag.

Der amtliche Text des Atomwaffensperrvertrags wird in den drei Ländern Großbritannien, USA und Rußland (als dem Nachfolgestaat der UdSSR) aufbewahrt.

Am 29.Dezember 1991 hatte der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses in Beijing beschlossen, dem Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen beizutreten, der seit dem 1.Juli 1968 in London, Moskau und Washington zur Unterzeichnung ausgelegt ist.

Qian gab folgende Erklärung ab (XNA, 9. und 10.3.92):

- (1) China wolle sich im Zuge seiner Friedenspolitik auch weiterhin für ein allseitiges Verbot von Atomwaffen und deren völlige Vernichtung einsetzen.
- (2) China unterstütze die Zielsetzun-

gen des Atomwaffensperrvertrags und wolle einen Beitrag dazu leisten, daß die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindert und die internationale Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung von Kernenergie gefördert werde.

(3) Die Verhinderung der Weitergabe von Atomwaffen sei kein Selbstzweck, sondern eine Maßnahme auf dem Weg zu einem allseitigen Verbot und einer vollständigen Vernichtung von Atomwaffen. Nichtweitergabe von Atomwaffen und Atomwaffen-Abrüstung sollten einander ergänzen. Als erste sollten die Länder mit den größten nuklearen Arsenalen damit beginnen, die Herstellung und Stationierung von Atomwaffen einzustellen und ihre im In- und Ausland befindlichen Atomwaffen drastisch zu reduzieren. (4) Alle Atomwaffen-Staaten sollten sich verpflichten, niemals und unter keinen Umständen als erste Atomwaffen einzusetzen, vor allem nicht gegen atomwaffenfreie Länder atomare Drohungen auszustößen. Darüber hinaus sollten sich die Atomwaffen-Staaten verpflichten, die Errichtung von atomwaffenfreien Zonen zu fördern. Sämtliche außerhalb der Staatsgrenzen stationierten Atomwaffen sollten aufs eigene Territorium zurückgeschafft werden. Nicht zuletzt aber sollten die Großmächte das Wettrüsten im All einstellen, vor allem im Atomwaffenbereich. (5) Die Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrags, wie er von den "taiwanesischen Behörden" im Namen Chinas am 1.Juli 1978 und am 27.Januar 1970 vorgenommen wurde, sei illegal und damit nichtig. -we-

---

## Innenpolitik

---

\*(7)

#### "Volkszeitung" berichtet erstmals über die Reise Deng Xiaopings in den Süden

Mit zweimonatiger Verspätung berichtete das ZK-Organ *Volkszeitung* am 31. März 1992 erstmals über die Reise von Deng Xiaoping in den Süden zu Beginn dieses Jahres (siehe hierzu C.a., Januar 1992, Ü 3-5, und C.a., Februar 1992, Ü 9 u. 15). Das Parteiblatt brachte hierzu keinen Eigenbericht, sondern druckte auf den Seiten 1 und 4 einen ausführlichen Artikel der *Zeitung*

der *Sonderzone Shenzhen* vom 26. März ab, der von der Nachrichtenagentur *Neues China* verbreitet worden war. Dieser "Augenzeugenbericht über den Besuch des Genossen Deng Xiaoping in Shenzhen" erschien unter dem gefühlvollen Titel "Wenn der Ostwind kommt, wird es überall Frühling". In dem durch vier Photos aufgelockerten Artikel wurde Deng als der "vom ganzen Volk verehrte und geliebte Chefkonstrukteur von Reform und Öffnung unseres Landes" bezeichnet. Dieser "große Politiker" sei "hundertprozentig gesund", habe "strahlende Augen", und "sein lächelndes Gesicht ist gütig", wußte Reporter Chen Xitian von Dengs Ankunft am 19. Januar um 9.00 Uhr am Bahnhof von Shenzhen zu berichten. Die Aufforderung seiner Gastgeber, sich zunächst gut auszuruhen, habe Deng Xiaoping mit der Bemerkung abgelehnt, er sei nach Shenzhen gekommen, um möglichst viel zu sehen.

Der Artikel ruft sodann in einer kurzen Rückblende in Erinnerung, daß die Errichtung der Wirtschaftssonderzone von Shenzhen auf eine diesbezügliche Initiative Deng Xiaopings im April 1979 zurückgeht. Im Januar 1984 besuchte Deng zusammen mit Yang Shangkun, Wang Zhen u.a. älteren Politikern zum ersten Mal Shenzhen. Damals kalligraphierte Deng für die mutigen Reformer im Süden jenen berühmten gewordenen Satz, der Gegnern der Wirtschaftssonderzonen immer wieder vorgehalten wurde: "Die Entwicklung und die Erfahrungen von Shenzhen beweisen, daß unsere Politik der Errichtung von Wirtschaftssonderzonen korrekt ist."

Daß Deng Xiaoping auch nach seinem zweiten Besuch in Shenzhen an seinem Diktum von vor acht Jahren festhält, wird anhand seiner Äußerungen deutlich, die in dem "Augenzeugenbericht" im Rahmen einer z.T. sehr detaillierten Beschreibung der Aktivitäten von Deng während seines Aufenthaltes in Shenzhen vom 19. bis 23. Januar wiedergegeben werden:

- "Vor meinem diesmaligen Besuch habe ich mir nicht vorstellen können, daß sich die Sonderzonen Shenzhen und Zhuhai sowie einige andere Orte in den vergangenen acht Jahren derart schnell entwickeln würden. Nachdem ich das gesehen habe, ist meine Zuversicht größer geworden."

- "Bezüglich der Einrichtung von Sonderzonen gab es von Anfang an entgegengesetzte Ansichten und Bedenken, ob das nicht Kapitalismus sei. Der Erfolg des Aufbaus von Shenzhen hat jenen Leuten, die diese und andere Befürchtungen äußerten, eine klare Antwort erteilt. Die Sonderzonen sind sozialistisch und nicht kapitalistisch. Wenn wir die Situation von Shenzhen betrachten, so macht das Gemeineigentum (gongyouzhi) den Hauptanteil aus. Die Investitionen ausländischer Unternehmen machen nur ein Viertel [des gesamten Kapitals aller Unternehmen in Shenzhen] aus, und aus diesem in Händen des Auslandskapitals befindlichen Teil können wir sogar noch Nutzen ziehen, wie Steuereinnahmen, Schaffung von Arbeitsplätzen usw.! Man sollte keine Angst davor haben, etwas mehr von den drei Arten von Unternehmen mit ausländischem Kapital (sanzi qiye) zuzulassen. Solange wir einen kühlen Kopf bewahren, brauchen wir uns nicht zu fürchten. Wir nehmen die dominierende Stellung ein, [denn] es gibt die großen und mittleren Unternehmen in Staatseigentum und die Betriebe der ländlichen Gemeinden und Kleinstädte (xiangzhen qiye). Noch wichtiger ist, daß die politische Macht in unseren Händen ist. Manche Leute meinen, daß ein bißchen mehr Auslandskapital auch ein bißchen mehr Kapitalismus bedeutet, daß mehr von den drei Arten von Unternehmen mit ausländischem Kapital auch mehr kapitalistische Dinge mit sich bringen und daß wir [auf diese Weise] den Kapitalismus entwickeln. Diesen Leuten fehlt jeglicher gesunde Menschenverstand."
- "Die 'Vier kleinen Tiger' Asiens entwickeln sich sehr schnell, und auch Ihr [d.h. die Wirtschafts-sonderzonen] entwickelt Euch sehr schnell. Guangdong sollte mit allen Kräften versuchen, innerhalb von 20 Jahren die 'Vier kleinen Tiger' Asiens einzuholen. Dies gilt nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch für die gesellschaftliche Ordnung und die gesellschaftliche Moral. Wir sollten sie sowohl in materieller als auch in geistiger Hinsicht übertreffen, erst das ist der Sozialismus chinesischer Prägung. Die gesellschaftliche Ordnung Singapurs muß als gut eingeschätzt werden. Sie kontrollieren mit strengen Mitteln. Wir müssen uns ihre Erfahrungen zunutze machen und noch besser als sie für Zucht und Ordnung sorgen."
- "Was das Festhalten an der Linie, dem Kurs und den politischen Maßnahmen der Partei seit der 3. Plenartagung des XI. ZK [im Dezember 1978] betrifft, so stellt das Festhalten an 'der einen zentralen Aufgabe und den zwei grundlegenden Rahmenbedingungen' [siehe hierzu C.a., Februar 1992, Ü 10] den Angelpunkt dar. Wer nicht am Sozialismus festhält, wer nicht Reform und Öffnung betreibt, wer die Wirtschaft nicht entwickelt und wer den Lebensstandard des Volkes nicht verbessert, der kann nur in einer Sackgasse enden. An dieser grundlegenden Linie muß 100 Jahre lang festgehalten werden - ein Abweichen hiervon ist nicht statthaft."
- "Zwei Dinge müssen gleichzeitig angepackt werden: Einerseits müssen Reform und Öffnung vorangetrieben werden, und andererseits müssen die verschiedenen verbrecherischen Aktivitäten bekämpft werden. Diese beiden Dinge müssen mit harter Hand angepackt werden. Bei der Bekämpfung der verschiedenen verbrecherischen Aktivitäten und bei der Beseitigung der verschiedenen abscheulichen Erscheinungen ist eine weiche Hand nicht zulässig."
- "Es sollten mehr praktische Dinge gemacht und weniger hohle Phrasen gedroschen werden. Es werden zu viele Versammlungen abgehalten und zu viele Artikel geschrieben. Das bringt doch nichts. Daß sich Shenzhen derart schnell entwickelt hat, liegt daran, daß hier hart gearbeitet wurde. Das ist nicht durch Rederei entstanden, und auch nicht durch das Schreiben von Aufsätzen."
- "Wenn man den sozialistischen Weg beschreitet, muß man schrittweise den gemeinsamen Wohlstand verwirklichen. Das Ziel des gemeinsamen Wohlstands ist wie folgt zu erreichen: Ein Teil der Gebiete verfügt über Bedingungen, sich zuerst [schnell] zu entwickeln, während ein anderer Teil der Gebiete sich etwas langsam entwickelt; die zuerst entwickelten Gebiete reißen dann die sich später entwickelten Gebiete mit sich, und schließlich wird ein gemeinsamer Wohlstand erreicht. Wenn jedoch die reichen [Gebiete] immer reicher werden und die armen immer ärmer, dann wird es zu einer Polarisierung zwischen arm und reich kommen. Das sozialistische System hingegen muß und kann eine Polarisierung zwischen arm und reich verhindern. Eine der Methoden zur Lösung dieses Problems ist, daß die reichen Gebiete etwas mehr Gewinne und Steuern abgeben, um die Entwicklung der armen Gebiete zu unterstützen. Selbstverständlich darf man nicht zu früh zu dieser Methode greifen. So darf man gegenwärtig die Lebenskraft der entwickelten Gebiete nicht schwächen, und man darf auch nicht dazu ermuntern, nach dem [veralteten Prinzip] 'Alle essen aus einem Topf' zu verfahren [d.h. gleicher Lohn für ungleiche Arbeit; ohne Berücksichtigung der individuellen Leistung einen für alle einheitlichen Lohn auszahlen]. Die unterentwickelten Gebiete verfügen in den meisten Fällen über reiche Naturschätze, und ihr Entwicklungspotential ist sehr groß. Insgesamt gesehen, d.h. im Landesmaßstab betrachtet, können wir auf jeden Fall das Problem des Unterschieds zwischen arm und reich, das zwischen den Küstenregionen und den Gebieten im Landesinneren besteht, schrittweise und ohne große Schwierigkeiten (shunli) lösen."
- "Nur wenn wir die Produktivkräfte entwickeln und ein bestimmtes Wachstumstempo beibehalten, kann der Aufbau der geistigen Zivilisation des Volkes einen Aufschwung nehmen. Wir besitzen voll und ganz die Fähigkeit, die geistige Zivilisation des Sozialismus gut aufzubauen."
- "Die Orte, die über die entsprechenden Bedingungen verfügen, sollten so schnell wie nur möglich den wirtschaftlichen Aufbau vorantreiben. Solange wir Effizienz und Qualität betonen und die exportorientierte Wirtschaft fördern, gibt es nichts, worüber man sich Sorgen machen müßte."
- "Der Mut zu Reform und Öffnung sollte etwas größer sein. Man muß Experimente wagen und darf sich nicht wie eine Frau mit eingebundenen Füßen bewegen. Was man für richtig hält, sollte man mit großem Mut ausprobieren und mit großem

Mut durchboxen (chuang). Die entscheidende Erfahrung von Shenzhen ist gerade, daß sie den Mut hatten, ihren eigenen Weg zu erkämpfen. Wenn man nicht etwas Pioniergeist hat, wenn man nicht etwas risikobereit ist, und wenn man keine Vitalität und keine Energie besitzt, dann kann man auch nicht auf eine gute Bahn gelangen, dann kann man auch keinen neuen Weg beschreiten, und dann kann man auch keine neuen Dinge schaffen. Kein Risiko eingehen; wenn man etwas macht, muß man das hundertprozentig beherrschen; es darf nichts schiefliegen - wer wagt es, solche Sprüche zu klopfen? Keiner ist unfehlbar, und niemand macht etwas hundertprozentig korrektes. Ich selbst habe mich nie für perfekt gehalten."

"Das Wesen des Sozialismus liegt in der Befreiung und Entwicklung der Produktivkräfte, in der Abschaffung von Ausbeutung, in der Beseitigung von [sozialer] Polarisierung und darin, daß schließlich ein gemeinsamer Wohlstand erreicht wird. Sind Wertpapiere und Aktien gut oder nicht? Sind sie gefährlich? Gibt es sie nur im Kapitalismus, oder darf auch der Sozialismus sie verwenden? Wir lassen es zwar zu, daß [einige Leute zunächst] abwarten und sehen, aber wir müssen auch entschlossen entsprechende Experimente machen. Wenn sich diese Dinge nach ein oder zwei Jahren als richtig erweisen, dann müssen sie ausgeweitet werden. Wenn sie sich als falsch erweisen, dann muß man den Fehler berichtigen und das Experiment beenden. Man kann die Versuche entweder schnell beenden oder auch langsam, und schließlich kann man auch ein bißchen beibehalten. Was gibt es da zu befürchten. Solange man an dieser Haltung festhält, braucht man nicht nervös zu werden, und man wird keine großen Fehler begehen."

"Beim gegenwärtigen Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung werden unsere Erfahrungen von Tag zu Tag reicher. Bei den Reformen in der Landwirtschaft und in der Industrie sollte man keine großen Debatten führen, sondern mit großem Mut experimentieren und sich mutig durchschlagen. Unsere Politik ist, daß wir es zulassen, daß [einige Leute zunächst] abwarten und sehen. Das ist viel besser als Zwang."

(Alle Zitate nach RMRB, 31.3.1992)

Bemerkenswert ist, daß in dem Artikel die Warnung Dengs nicht erwähnt wird, derzufolge sich China zwar auch vor Rechtstendenzen hüten, jedoch hauptsächlich vor Linkstendenzen in achtnehmen müsse. Diese Neueinschätzung der politischen Gefahrenlage durch Deng Xiaoping war auf einer Sitzung des Politbüros vom 9. bis 10. März parteioffiziell bestätigt worden (Siehe die entsprechende Übersicht in diesem Heft.). -sch-

\*(8)

#### **Sitzung des Politbüros bestätigt die jüngsten politischen Ausführungen Deng Xiaopings**

Einem Bericht der offiziellen Nachrichtenagentur *Neues China* (Xinhua she) zufolge trat das Politbüro des ZK der KPCh vom 9. bis 10. März unter der Leitung von ZK-Generalsekretär Jiang Zemin zu einer Sitzung zusammen und "diskutierte gewissenhaft einige bedeutende Fragen der Reform und Öffnung unseres Landes" (RMRB, 12.3.1992). Dabei bestätigte das Politbüro implizit den Inhalt der verschiedenen Äußerungen Deng Xiaopings, die dieser während seines Aufenthaltes in Wuchang, Shenzhen, Zhuhai und Shanghai vom 18. Januar bis 21. Februar gemacht hatte.

Besonders bemerkenswert ist, daß das Politbüro auch Dengs Warnung übernahm, derzufolge sich China vor Rechtstendenzen hüten, jedoch hauptsächlich vor Linkstendenzen in achtnehmen müsse. Dies könnte bedeuten, daß innerhalb der KPCh künftig nicht mehr primär gegen die "bürgerliche Liberalisierung", sondern gegen die orthodoxen Marxisten-Leninisten und die Sowjetmodell-Sanierer vorgegangen wird. Auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet stellte sich das Politbüro hinter die Forderungen Deng Xiaopings, die allesamt den Positionen der orthodoxen Kräfte zuwiderlaufen. Auffällig ist hierbei u.a. die Forderung nach einer "Befreiung der Produktivkräfte durch Reformen". Da nach der marxistisch-leninistischen Theorie/Ideologie eine Befreiung der Produktivkräfte nur durch eine Veränderung der Produktionsverhältnisse, d.h. der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln, zu erreichen ist, läuft diese Forderung auf eine partielle Privatisierung hinaus. Es entbehrt nicht einer gewissen historischen Ironie, wenn das Po-

litbüro einer Kommunistischen Partei die teilweise Privatisierung von Staatseigentum als "Befreiung der Produktivkräfte" deklariert, obwohl dies zweifelsohne eine "Wahrheit" ist, die sich aus den "Tatsachen" ergibt.

In der Geschichte der KPCh ist es sehr ungewöhnlich, daß in den Massenmedien über Sitzungen des Politbüros berichtet wird. Lediglich während der Amtszeit des damaligen ZK-Generalsekretärs Zhao Ziyang (1987-1989) wurde im Rahmen der von Zhao befürworteten politischen "Transparenz" (toutingdu) eine Zeitlang regelmäßig über die Sitzungen des Politbüros informiert. Seit der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung Anfang Juni 1989 wurde in den Massenmedien nicht mehr über Sitzungen des Politbüros berichtet. Aufgrund der Bedeutung dieser Politbürositzung folgt eine vollständige Übersetzung des *Xinhua*-Berichts, der von der *Volkszeitung* am 12. März als Aufmacher auf Seite 1 veröffentlicht wurde.

"Das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas trat vom 9. bis 10. März [1992] in Beijing zu einer Plenarsitzung zusammen und diskutierte gewissenhaft einige bedeutende Fragen der Reform und Öffnung unseres Landes. Die Sitzung wurde vom Generalsekretär des ZK der KPCh, Jiang Zemin, geleitet. Die Sitzung betonte, daß die grundlegende Linie der Partei von 'der einen zentralen Aufgabe und den zwei grundlegenden Rahmenbedingungen' unerschütterlich verwirklicht, die gegenwärtig günstige Gelegenheit ergriffen, Reform und Öffnung beschleunigt, die Energie auf den wirtschaftlichen Aufbau konzentriert und auf dem sozialistischen Weg chinesischer Prägung weiterhin vorangeschritten werden muß.

Die Sitzung kam zu der Ansicht, daß die Befreiung und Entwicklung der Produktivkräfte die grundlegende Aufgabe unserer Partei bei der Führung des Volkes zum Aufbau des Sozialismus darstellt. Hierfür muß konsequent am Wirtschaftsaufbau als zentraler Aufgabe, an den Vier Grundprinzipien und an Reform und Öffnung festgehalten werden. Dies ist die wertvollste Erfahrung, die unsere Partei seit der 3. Plenartagung des XI. ZK [im Dezember 1978] unter Anleitung der Ideen des Genossen

Deng Xiaoping über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung in der Praxis der Führung des eine Milliarde Menschen zählenden Volkes gemacht hat, und dies ist auch die grundlegende Ursache für die enormen Veränderungen, die sich in den vergangenen mehr als zehn Jahren im sozialistischen China ereignet haben. Wenn wir uns ganz fest an die grundlegende Linie der Partei von "der einen zentralen Aufgabe und den zwei grundlegenden Rahmenbedingungen" halten und wenn wir dies 100 Jahre lange unbeirrt tun, dann kann der Staat auf Dauer Ruhe und Ordnung wahren, und dann steht China eine große Zukunft bevor.

Die Sitzung betonte, daß der Mut zu Reform und Öffnung größer sein muß, daß man es wagen muß, neue Dinge zu schaffen, und daß man mutig experimentieren soll. Wir müssen unser Denken noch weiter befreien und daran festhalten, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen. Wir müssen nicht nur unter den sozialistischen Bedingungen die Produktivkräfte entwickeln, sondern wir müssen auch durch die Reform die Produktivkräfte befreien. Um zu beurteilen, ob etwas 'sozialistisch' oder 'kapitalistisch' ist [Anführungsstriche im Original; sic!], muß man vor allem sehen, ob es sich günstig für die Entwicklung der Produktivkräfte der sozialistischen Gesellschaft auswirkt, ob es die Erhöhung der nationalen Stärke des sozialistischen Staates fördert, und ob es eine positive Wirkung hat auf die Steigerung des Lebensstandards des Volkes. Reform und Öffnung müssen beschleunigt werden. Was man für richtig hält, sollte man mit großem Mut ausprobieren und mit großem Mut durchboxen. Plan und Markt sind beides wirtschaftliche Mittel. Es ist notwendig, diese Mittel gut einsetzen zu können, um die Entwicklung der sozialistischen Warenwirtschaft zu beschleunigen. Man muß mit großem Mut alle zivilisatorischen Errungenschaften, die die menschliche Gesellschaft hervorgebracht hat, aufnehmen und davon profitieren. Ebenso müssen wir die fortschrittlichen Formen der Wirtschaftsführung und des Managements, die es gegenwärtig auf der Welt einschließlich der entwickelten Länder des Westens gibt, aufnehmen und uns ein Beispiel daran nehmen.

Die Sitzung führte aus, daß es für die Konsolidierung und Entwicklung des Sozialismus von besonders großer Wichtigkeit ist, wenn wir die gegenwärtig günstige Gelegenheit ausnutzen, um uns fleißig zu entwickeln und vor allem den Wirtschaftsaufbau voranzubringen. Der Zeitraum von heute bis zum Ende des Jahrhunderts ist eine entscheidende Periode. Wir müssen die Situation klar erkennen, die Gelegenheit am Schopfe packen, solide Arbeit leisten, nach Effizienz streben, das wirtschaftliche Entwicklungstempo beschleunigen und mit allen Kräften versuchen, in diesen paar Jahren eine höhere Entwicklungsstufe zu erreichen. Wissenschaft und Technik sind die wichtigste Produktivkraft. Um die wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen, ist es notwendig, sich auf Wissenschaft und Technik und auf die Erziehung zu stützen.

Die Sitzung führte aus, daß es beim Festhalten an der grundlegenden Linie der Partei und bei der Beschleunigung von Reform und Aufbau vor allem darauf ankommt, die dazu notwendigen Arbeiten auch wirklich entschlossen in die Tat umzusetzen. Gegenwärtig müssen wir unsere besondere Aufmerksamkeit den wichtigen Problemen schenken, die im Verlauf des Reform- und Aufbauprozesses [auftreten und] die Gesamtlage beeinflussen. Sie gilt es, intensiv zu untersuchen und zu erforschen, um Strategien und politische Maßnahmen für die kommende Periode zu formulieren und ihre Umsetzung in die Praxis gewissenhaft zu organisieren. Die Sitzung beschäftigte sich hiermit konkret und traf einige Vorkehrungen. Die Führer auf allen Ebenen sollten sich mit aller Kraft vor Formalismus und Bürokratismus hüten und ihre Energie vor allem dafür verwenden, mehr reale Arbeit zu leisten.

Die Sitzung forderte alle Parteigenossen, vor allem die Führungskader auf allen Ebenen, auf, gewissenhaft die wichtigen Darlegungen des Genossen Deng Xiaoping über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung zu studieren und ihr Bewußtsein über die [Notwendigkeit der] allseitigen Umsetzung der grundlegenden Linie der Partei weiter zu erhöhen. Es ist notwendig, sich vor Rechtstendenzen zu hüten, doch hauptsächlich müssen wir uns vor 'Links'-Tendenzen in achtnehmen. Wir müssen mit vollem

Einsatz zu Werke gehen, um den Aufbau der geistigen Zivilisation des Sozialismus und von Demokratie und Rechtssystem zu stärken und um die durch Stabilität und Einheit gekennzeichnete politische Lage zu konsolidieren und zu entwickeln. Die Sitzung ruft alle Parteigenossen auf, sich eng um das ZK der Partei mit dem Genossen Jiang Zemin als Kern zusammenzuschließen, die verschiedenen Nationalitäten zu vereinen und zu führen, energisch zu handeln und vorwärts zu streben, hart zu kämpfen und mit hervorragenden Leistungen bei der Reform und beim Aufbau den siegreichen Zusammentritt des XIV. Parteitags zu begrüßen."

(RMRB, 12.3.92) -sch-

\* (9)

#### "Volkszeitung" nuanciert Politbüro-Beschluß

Das ZK-Organ *Volkszeitung* veröffentlichte am 13. März einen Leitartikel, in dem dazu aufgerufen wird, "den Geist der Plenarsitzung des Politbüros des ZK in die Tat umzusetzen" und "die Darlegungen des Genossen Deng Xiaoping über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung gewissenhaft zu studieren". Im letzten Absatz enthält der Leitartikel eine Passage, die von den bekanntgewordenen Beschlüssen des Politbüros abweicht. Hierbei geht es um die zwischen dem Reformlager und der orthodoxen Koalition umstrittenen Frage der Stabilität als Folge oder Voraussetzung von Reform und Öffnung. Die entsprechende Passage lautet wie folgt:

"Reform und Öffnung sowie der Aufbau [der Wirtschaft] benötigen stabile Verhältnisse [als Voraussetzung]. Durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Parteigenossen und des ganzen Volkes haben wir die [gegenwärtig] ausgezeichnete Lage erreicht, die durch politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität gekennzeichnet ist. Diese Situation ist teuer erkauft worden, und wir müssen unbedingt sehr, sehr viel Wert auf sie legen und die politische Lage der Stabilität und Einheit weiter konsolidieren und entwickeln." (RMRB, 13.3.92) -sch-

**\*(10)  
Heilongjiangs Parteiführung voll auf Reformkurs**

Heilongjiangs Parteichef Sun Weiben, der in der Vergangenheit bereits mehrfach mit stark reformorientierten Äußerungen aufgefallen ist, war einer der ersten Provinzpartei Führer, die sich öffentlich voll hinter die Beschlüsse der Politbürositzung vom 9. bis 10. März und hinter die jüngsten Äußerungen von Deng Xiaoping stellten. Auf der 9. Plenarsitzung des VI. Provinzkomitees der KPCh von Heilongjiang vom 15. bis 16. März hielt er eine Rede mit dem Titel "Das Denken weiter befreien und das Tempo der Reformen beschleunigen", deren Inhalt ihren Niederschlag in einer Resolution des Provinzpartei komitees fand. Dieser Resolution zufolge ist der Fortschritt in den vergangenen Jahren vor allem durch Einmischungen von "linker" Seite blockiert worden. Deshalb müsse nicht nur gegen Rechtstendenzen sondern auch und vor allem gegen Linkstendenzen vorgegangen werden. Es müsse nun endlich Schluß gemacht werden mit der Auffassung, daß "links" besser als "rechts" sei. Fehl am Platze sei auch die ["linke"] Ansicht, daß die Vertiefung der Reform und die wirtschaftliche Entwicklung die gesellschaftliche Stabilität beeinträchtigen würden. (Radio Heilongjiang, 15.3.92, in SWB, 18.3.92) -sch-

**\*(11)  
5. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses**

Die diesjährige Plenartagung des chinesischen Parlaments fand vom 20. März bis 3. April 1992 in Beijing statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der teilweise heftig kritisierte Regierungsbericht von Ministerpräsident Li Peng und die Abstimmung über die prinzipielle Befürwortung des Baus des sehr umstrittenen Drei-Schluchten-Staudamm-Projekts. Nach lebhaften Debatten wurden beide Streitobjekte schließlich angenommen: Der Regierungsbericht von Li Peng, nachdem mehr als 150 Änderungen vorgenommen worden waren (sic!) und das Drei-Schluchten-Stausee-Projekt mit einer knappen Zwei-Drittel-Mehrheit - 1.767 von 2.633 anwesenden Abgeordneten stimmten dafür, 177 dagegen, 664 enthielten sich der Stimme, und 25 nahmen an der

Abstimmung nicht teil. Außerdem wurden ein Gewerkschaftsgesetz, das Gesetz über den Schutz der Rechte und Interessen der Frauen und das Gesetz über die Abgeordneten der Volkskongresse aller Ebenen verabschiedet. -sch-

**\*(12)  
Li Peng auf Kollisionskurs gegen die Reformkräfte - Heftige Kritik von NVK-Abgeordneten**

Am 20. März 1992 erstattete Ministerpräsident Li Peng auf der 5. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses seinen Regierungsbericht (ursprüngliche Fassung in Radio Beijing, 20.3.92, engl. Übersetzung in SWB, 23.3.92). Auffällig war, daß Li Peng einen zentral wichtigen Punkt in den jüngsten Ausführungen von Deng Xiaoping und in den Politbüro-Beschlüssen vom 9./10. März nicht in seine Rede aufgenommen hatte: Die Warnung, derzufolge sich China zwar auch vor Rechtstendenzen hüten, jedoch hauptsächlich vor Linkstendenzen, d.h. vor orthodoxen marxistisch-leninistischen Einflüssen, in achtnehmen müsse. Zeit genug, um die Warnung vor Linkstendenzen in den Regierungsbericht einzuarbeiten, wäre gewesen, denn eine Auswahl von Deng Xiaopings Äußerungen auf seiner Reise in den Süden war bereits am 1. März als ZK-Dokument 1992/Nr. 2 parteiintern verbreitet worden, und die entsprechenden Politbüro-Beschlüsse waren zehn Tage vor dem Rechenschaftsbericht von Li Peng gefaßt worden. In dem *Xinhua*-Bericht über die Politbürositzung heißt es hierzu wörtlich: "Es ist notwendig, sich vor Rechtstendenzen zu hüten, doch hauptsächlich müssen wir uns vor 'Links'-Tendenzen in achtnehmen" (RMRB, 12.3.92). Wenn also Li Peng die Warnung Deng Xiaopings und des Politbüros vor "linkem", d.h. orthodoxen marxistisch-leninistischen Gedankengut nicht in seiner Rede erwähnte, mußte dies politische Gründe haben, nämlich eine offenkundige Abneigung gegen diese Neubewertung der politischen Gefahrenlage durch Deng Xiaoping.

Orthodoxe Politiker, deren Position Li Peng offenbar vertritt, sind der Ansicht, daß der ideologische Aufbau im Sinne des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen und der Kampf gegen die "friedliche Evolution"

und gegen die "bürgerliche Liberalisierung" die "zentrale Aufgabe" der KPCh darstellen sollten, und nicht - oder zumindest nicht allein - der Wirtschaftsaufbau, wie Deng Xiaoping und die Reformkräfte dies fordern. Für die Orthodoxen kommt die Hauptgefahr von "rechts" und nicht von "links", und nach ihrer Ansicht sind die "bürgerlichen Liberalisierungstendenzen" die Folge zu weitgehender marktwirtschaftlich orientierter Reformen. Deshalb sind sie für eine strikte Begrenzung der Privatwirtschaft und der Unternehmen mit Auslandskapital in China, die sie lediglich als Ergänzungen der von der Partei-/Staatsbürokratie verwalteten "sozialistischen" Industriebetriebe betrachten.

Die Auslassung der Warnung vor "linken" Einflüssen im Regierungsbericht von Li Peng wurde auf der 5. Tagung des VII. NVK von vielen Abgeordneten heftig kritisiert. Lis Kritiker konnten sich schließlich durchsetzen, und der Rechenschaftsbericht wurde entsprechend ergänzt. Insgesamt wurden mehr als 150 Änderungen an der Rede von Li Peng vorgenommen, die größtenteils die Beschleunigung und Ausweitung der Wirtschaftsreformen zum Inhalt hatten - ein weiteres Indiz für die relativ geringe Reformbereitschaft von Li Peng. So wurde der Bericht um die Forderung ergänzt, daß China "100 Jahre lang" an der grundlegenden Linie der "einen zentralen Aufgabe [d.h. Wirtschaftsaufbau] und der zwei grundlegenden Rahmenbedingungen [d.h. Vier Grundprinzipien und Reform und Öffnung]" festhalten müsse. Auch eine positivere Bewertung der künftigen Rolle von Aktiengesellschaften und Privatunternehmen in China wurde nachträglich in den Regierungsbericht hineingeschrieben. (Wen Hui Bao, Hongkong, 2.4.92, in SWB, 4.4.92)

Prominentester Kritiker an "linken" Behinderungen der Reformen - und damit indirekt auch an Li Peng - war der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Wan Li. Der private Wirtschaftssektor habe sich in den letzten Jahren nicht entwickeln können, und zwar - so Wan Li - "hauptsächlich aufgrund des 'linken' Einflusses" (*Xinhua*, chin., 31.3.92, nach SWB, 4.4.92). Schweres Geschütz gegen Li Peng fuhr der frühere Chefredakteur der *Volkszeitung*, Qin Chuan, auf: Während einer Dis-

kussionsrunde der Abgeordneten der Provinz Guizhou auf der diesjährigen NVK-Plenartagung kritisierte er, daß Li Peng in den vergangenen zwei Jahren den "linken" Einfluß auf den Gebieten Ideologie und Kultur ignoriert und unterschätzt habe. Qin Chuan forderte die Absetzung der "links"-lastigen Führungskader auf dem Ideologie- und Kultursektor, da sonst die Verwirklichung der Auffassungen Deng Xiaopings und des Politbüros schwierig sein würden. Der nach dem Sturz von Hu Yaobang entlassene Qin Chuan kritisierte Li Peng auch wegen fehlender Selbstkritik an seiner Arbeit des vergangenen Jahres und während der dreijährigen Sanierungsphase (Dongfang Ribao, 25.3.92, in SWB, 28.3.92).

Insgesamt betrachtet zeigen der Regierungsbericht von Li Peng und die massive Kritik aus den Reihen der NVK-Abgeordneten wieder einmal, daß Li Peng nicht auf Seiten der Reformkräfte steht und daß er, sollte sich Deng Xiaoping bis zum XIV. KPCh-Parteitag mit seiner jüngsten Reforminitiative durchgesetzt haben, die längste Zeit Ministerpräsident gewesen ist. -sch-

\*(13)

#### **Stark sinkende Verkaufszahlen für ZK-Publikationen "Volkszeitung" und "Wahrheitssuche"**

Einem Artikel in der Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* zufolge ist die verkaufte Auflage der ZK-Publikationen *Volkszeitung* und *Wahrheitssuche* in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Der Autor des Artikels beruft sich auf einen Bericht der ZK-Propagandaabteilung von Ende 1991 (Dongxiang, März 1992, S. 48).

Demnach hat sich die verkaufte Auflage des ZK-Organs *Volkszeitung* wie folgt entwickelt:

1978	4.800.000
1982	4.300.000
1985	4.000.000
1987	3.500.000
1990	3.200.000
1991	2.700.000

Das ZK-Theorieorgan *Wahrheitssuche* nahm folgende Auflagenentwicklung:

1989	950.000
1990	870.000
1991	620.000

Da die verkaufte Auflage der ZK-Publikationen als ein Gradmesser für das Ansehen der Parteiführung in den eigenen Reihen gelten kann, ist der oben ersichtliche dramatische Auflagenrückgang ein deutliches Zeichen für die drastisch sinkende Popularität der Kommunistischen Partei und ihrer Führung selbst unter den Parteimitgliedern. -sch-

\*(14)

#### **Zahlenangaben zu den acht nichtkommunistischen Parteien und den nicht parteigebundenen Persönlichkeiten**

Chinas acht nichtkommunistische Parteien verfügen - offiziellen Angaben zufolge - gegenwärtig über rund 350.000 Mitglieder, von denen 80% erst in den letzten zehn Jahren aufgenommen wurden. Von den insgesamt 2.938 Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses gehören 2.398, d.h. rund 82%, der Kommunistischen Partei Chinas an, während 540 NVK-Abgeordnete, also rund 18%, Mitglied in einer der acht nichtkommunistischen Parteien sind oder keiner Partei angehören. Über 1.400 Mitglieder der nichtkommunistischen Parteien oder nicht parteigebundene Persönlichkeiten haben mittlerweile eine Führungsposition auf und über Kreisebene inne, d.h., sie machen etwa 1,75% der Führungskader auf und über Kreisebene aus, deren Gesamtzahl über 80.000 beträgt. In der Zentralregierung gibt es mittlerweile neun stellvertretende Minister, die einer der nichtkommunistischen Parteien oder gar keiner Partei angehören. (Xinhua, engl., 15.3.92, in SWB, 17.3.92; XNA, 24.3.92) -sch-

\*(15)

#### **Nationale Konferenz über Geburtenplanung**

Ende März 1992 fand in Beijing eine nationale Konferenz über Geburtenplanung statt. Dabei stellte die Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Familienplanung, Peng Peiyun, fest, daß es im Jahre 1991 zum erstenmal seit sechs Jahren gelungen sei, die Wachstumsrate der chinesischen Bevölkerung zu senken. 1991 hätten die Geburtenrate bei 19,68 Promille und die natürliche Zuwachsrate bei 12,98 Promille gelegen; die Raten hätten damit um 1,18 bzw. 1,69 Promillepunk-

ten unter den Planvorgaben des Staates gelegen. Ferner sei als Erfolg zu verbuchen, daß inzwischen 27 Provinzen, autonome Gebiete und provinzfremde Städte kleine Führungsgruppen für Familienplanung eingerichtet hätten. Zugleich aber machte sie darauf aufmerksam, daß es im Jahre 1992 aufgrund der stark angestiegenen Zahl junger Frauen im Heiratsalter zu einem Geburtenrekord kommen werde, dem dritten seit 1949. Schon jetzt sei die Tendenz der Geburten deutlich steigend. Deshalb sei es erforderlich, die Politik der Familienplanung strikt einzuhalten. (RMRB, 28.3.92; vgl. dazu C.a. 1991/12, Ü 15)

Auch führende Vertreter aus Politbüro und Regierung trafen mit den Konferenzteilnehmern zusammen. Jiang Zemin mahnte ebenfalls zur Wachsamkeit und warnte vor einer Lockerung der Politik. Die Parteikomitees und Regierungen aller Ebenen müßten der Geburtenplanungsarbeit größte Priorität beimessen. Insbesondere gelte es, auf dem Lande gute Erziehungsarbeit zu leisten. Er erhob die Forderung, die Geburtenplanung zu einem wichtigen Bestandteil der gegenwärtig betriebenen sozialistischen Erziehung auf dem Lande zu machen. Den Kadern und den Massen sei klarzumachen, daß Geburtenplanung Ausdruck eines sozialistischen und patriotischen Bewußtseins und von Vorteil für den Staat, für das Kollektiv und für den einzelnen sei.

Desgleichen wies Li Peng in seiner Rede auf den Erfolg des Jahres 1991 hin; der Nettozuwachs der Bevölkerung habe 14,9 Millionen betragen, das seien 1,25 Millionen weniger als 1990. Wegen des zu erwartenden Geburtenschubs in diesem Jahr, der noch dadurch verstärkt werde, daß viele Ehepaare die Geburt eines Kindes in dieses Jahr verschoben haben, weil das Jahr des Schafes, also 1991, als ein für Geburten nicht glückliches galt, sei das laufende Jahr für die Eindämmung des Bevölkerungswachstums besonders schwierig. Ein ernstes Problem sei, daß auf dem Lande vielfach früh geheiratet und früh Kinder in die Welt gesetzt würden. Hier gelte es, die Propaganda für Spätheirat und späte Geburten zu verstärken. Die entsprechenden Behörden müßten eng mit den örtlichen Kommissionen für Familienplanung, dem Gewerkschaftsbund, der Kommunistischen Jugendliga und dem Frau-

enverband zusammenarbeiten. Vor allem müsse auch die Kontrolle über die Wanderbevölkerung verstärkt werden. (RMRB, 30.3.92)

Experten klagen darüber, daß die lokalen Stellen, die für die Familienplanung verantwortlich sind, personell unterbesetzt und das Personal nur unzureichend ausgebildet ist (XNA, 29.3.92). Vor allem in den unterentwickelten Gebieten wird daher eine strikte Politik der Familienplanung sehr schwer durchzusetzen sein. In Prognosen ist schon davon die Rede, daß 1992 mindestens 24 Millionen Babies geboren werden (SCMP, 3.12.91). -st-

---

## Kultur

---

\*(16)

### Gründung einer Gesellschaft zur Förderung der chinesischen Kultur

Am 29. Februar 1992 wurde in Beijing in der Großen Halle des Volkes die Chinesische Gesellschaft zur Förderung der Nationalkultur (Zhonghua minzu wenhua cujin hui) gegründet. Ihre Ziele bestehen in der Übernahme und Verbreitung der kulturellen Essenz der chinesischen Nationalkultur, der Steigerung des nationalen Geistes, der Anhebung des kulturellen Niveaus des ganzen Volkes und der Zusammenarbeit zwischen Chinesen im In- und Ausland. Es handelt sich um eine nationale Gesellschaft, die es sich zur Aufgabe macht, Spenden einzuwerben und einen Fonds einzurichten, um Gruppen und Individuen auszuzeichnen, die sich Verdienste um die Entwicklung der chinesischen Kultur erworben haben, um entsprechendes Personal auszubilden und kulturelle Aktivitäten zu unterstützen. An der Gründungsversammlung nahmen über 200 Chinesen aus China, Thailand, Hongkong, Macao und Taiwan teil. Zum Präsidenten der Gesellschaft wurde Ye Xuanping, stellvertretender Vorsitzender der politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (1985-90 auch Gouverneur von Guangdong), gewählt. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in Chongqing. (RMRB, 1.3.92)

Schon daß der Sitz der Gesellschaft nicht in Beijing, sondern im Südwesten liegt und daß der Präsident ein prominenter Politiker aus Guangdong ist, zeigt, daß die Organisation auf den Süden ausgerichtet ist, der traditionellerweise enge Beziehungen zu den Auslandschinesen unterhält. Denn so viel scheint sicher, daß die neugegründete Organisation den Schwerpunkt auf Kontakte zu Hongkong, Macao und Taiwan, insbesondere aber zu den Auslandschinesen in Südostasien legen soll. Von seiten Taiwans war der Volksrepublik immer vorgeworfen worden, sie zerstöre die traditionelle chinesische Kultur. Dieses Image zu widerlegen und China als Hüterin der nationalen Kultur zu empfehlen scheint ein Hauptanliegen der Gesellschaft zu sein. -st-

\*(17)

### Nationale Wissenschaftskonferenz

Im März 1992 fand in Beijing eine nationale Konferenz über Wissenschaft und Technik statt. Auf ihr wurden Wissenschaft und Technik als erste Produktivkraft bezeichnet und ihnen damit eine bedeutende Rolle für den Modernisierungsprozeß zugewiesen. Dies kommt vor allem in der Ankündigung der Regierung zum Ausdruck, die Ausgaben für die wissenschaftliche Forschung und Entwicklung in diesem Jahrzehnt zu verdoppeln: von 0,72% des Staatshaushalts im Jahre 1991 auf 1,5% des Staatshaushalts bis zum Jahre 2000 (RMRB, XNA, 11.3.92). Auf der Konferenz wurde beschlossen, die Reform und Öffnung in bezug auf Wissenschaft und Technik zu intensivieren. Der Vizeminister der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, Li Xu'e, nannte zehn Schwerpunkte der Reform, darunter als erstes die Einhaltung der Richtung, daß sich Wissenschaft und Technik an der Wirtschaft zu orientieren hätten und daß die Wirtschaft von Wissenschaft und Technik abhängen; ferner führte er u.a. die Förderung der wissenschaftlichen Bildung auf dem Lande sowie die Förderung von Hoch- und neuen Technologien und von wissenschaftlich-technischem Fortschritt in den Betrieben an (GMRB, 11.3.92).

Auch Li Peng bezeichnete es als Hauptaufgabe der Reform, die wissenschaftliche Forschung mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu verbinden

und die Forschungsergebnisse schnell in die Praxis umzusetzen. Er sprach sich außerdem dafür aus, mehr Nachwuchswissenschaftler auszubilden, insbesondere solche, die sowohl in der Wissenschaft als auch im Management versiert sind. Wie schon auf der NVK-Tagung rief er die im Ausland Studierenden zur Rückkehr in die Heimat auf. Alle seien ungeachtet ihrer politischen Einstellung in der Vergangenheit willkommen. Des weiteren hob er die Bedeutung der High-Tech-Entwicklungszonen hervor; sie seien weiter auszubauen, wobei neue Methoden der Finanzierung anzuwenden seien, etwa durch Unternehmenskapital oder durch Aktiensysteme. (XNA, GMRB, 15.3.92) -st-

\*(18)

### Tagung der Chinesischen Daoistischen Gesellschaft

Anfang März 1992 fand in Beijing die 5. Vertreterversammlung der Chinesischen Daoistischen Gesellschaft statt. Sie diente vor allem dem Zweck, den Daoisten die staatliche Religionspolitik zu erläutern oder - wie es offiziell heißt - sie "die staatliche Politik der Religions- und Glaubensfreiheit richtig durchführen" zu lassen. Außerdem wurden die Daoisten aufgefordert, "die gute Tradition des Daoismus zu entfalten", das Vaterland zu lieben, eines Sinnes zu sein und ihren Beitrag für den sozialistischen Aufbau des Vaterlandes zu leisten. (RMRB, 7.3.92)

Seit der 4. Versammlung im Jahre 1986, so heißt es, habe die Arbeit der Daoistischen Gesellschaft in bezug auf die Öffnung von Tempeln und die Gründung lokaler Gesellschaften deutliche Fortschritte zu verzeichnen. Nach unvollständigen Statistiken soll es gegenwärtig in ganz China über 400 geöffnete Tempel geben. Ferner wird eine Zahl von mehr als 5.000 daoistischen Mönchen genannt, die in daoistischen Klöstern leben. Zudem soll es gut 80 lokale daoistische Gesellschaften geben. Erfolge werden auch hinsichtlich der Erforschung der daoistischen Kultur angeführt. So sollen in den letzten Jahren 32 Werke herausgegeben oder nachgedruckt worden sein. Auch der Austausch mit dem Ausland habe stark zugenommen. In den letzten fünf Jahren habe man über 140 Gruppen aus gut 30 Ländern und Regionen empfangen.